



Einladung

Diskussionsveranstaltung der IALANA und des RAV

Wir laden Sie hiermit ein zur Diskussionsveranstaltung

am Freitag, den 15. Februar 2008 um 19.00 Uhr

in Berlin, Glinkastraße 5 (U-Bahn-Station Mohrenstrasse (U2)), Versammlungsraum Erdgeschoss

zum Thema:

Wen schützt die Bundeswehr in Afghanistan? – Welche Rolle können/müssen zivile Konfliktlösungsstrategien im Friedensprozess in Afghanistan spielen?

Mit

Christoph Strässer, MdB, SPD

Winfried Nachtwei, MdB, Bündnis 90/Die Grünen

Wolfgang Gehrcke, MdB, Die Linke

Cornelia Brinkmann, langjährige Tätigkeit im Rahmen ziviler Konflikt-Bearbeitung in Afghanistan, ZFD

Dr. Reinhard Mutz (angefragt), Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (ISFH)

Moderation: Rechtsanwalt Otto Jäckel, Vorstand der IALANA

Wie Frieden in Afghanistan, dem Land, in dem seit mehr als 30 Jahren Krieg herrscht, erreicht werden kann, ist ein zentrales kontroverses Thema der Politik und der Friedensbewegung – nicht nur in Deutschland.

Bleibt es dabei: Krieg löst keine Probleme, sondern verschärft sie?

Die verbale Ablehnung von Krieg schafft noch keinen Frieden. Kontrovers diskutiert werden Strategien mit oder ohne Militär, die Frieden sichern sollen.

Das Völkerrecht wird zur Begründung unterschiedlicher Friedensstrategien herangezogen, ge- und auch missbraucht.

Die Rolle von Militär, die Bedeutung und Funktion von Hilfsorganisationen und humanitärer Hilfen, die Möglichkeiten der zivilen Konfliktregulierung und der Konflikt-Prävention sind zentrale Stichworte dieser Debatten. Geht es in Afghanistan auch um imperiale Interessen, den Zugang zu Rohstoffen und Ressourcen in dieser Weltregion? Welche Rolle spielen Fragen der „Bündnis-Solidarität“? Welche strategischen Interessen verbergen sich hinter dem Konzept des „War on Terror“?

Wir wollen mit der Veranstaltung, mit Experten, für ein wenig mehr Klarheit sorgen, Positionen verdeutlichen, für einen Frieden ohne Gewalt werben.

Zur Diskussion:

Warum es keine Alternative zum Truppenabzug aus Afghanistan gibt Peter Strutynski (unter: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Afghanistan/strutynski5.html>) (Auszüge)

Nahezu 50.000 ausländische Soldaten aus 37 Ländern stehen heute in Afghanistan. Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, dagegen nur 7,5 Mrd. Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt. Und auch diese Mittel konzentrierten sich fast ausschließlich auf die Hauptstadt Kabul und vernachlässigten vor allem die Paschtunen-Gebiete. Der Gesamtbetrag für die militärische "Verteidigung" Deutschlands am Hindukusch hat 2007 die Marke von Zwei-Milliarden-Euro überschritten. Damit gibt Deutschland für seinen Militäreinsatz ein Vielfaches von dem aus, was in dringend notwendige zivile Hilfsprojekte geflossen ist oder noch fließen wird. Die „Kinderhilfe Afghanistan“ rechnet in einer Presseerklärung vor: „Mit weniger als der Hälfte der derzeitigen jährlichen Kosten für den ISAF-und OEF-Einsatz wäre der Bau ausreichender und qualifizierter regulärer Schulen und deren Unterhalt für 10 Jahre möglich. Allein die Kosten des Tornado-Einsatzes für 2007 würden den Bau von ca. 1000 Schulen ermöglichen.“

Die Opiumproduktion in Afghanistan steigt – anders als vor der militärischen Intervention - weiter an: Seit 2001 hat sie sich verzehnfacht. Afghanistan ist heute der weltgrößte Rauschgiftlieferant und produziert etwa genauso viel wie die drei Coca-Länder Kolumbien, Peru und Bolivien zusammengenommen.

Zivile Hilfsorganisationen wie "Caritas International", das "Rote Kreuz", "medico international", „Welthungerhilfe“ oder die "Kinderhilfe Afghanistan" fordern für ihre Arbeit strikte Neutralität und Militärfremde. Nur dort, wo kein ausländisches Militär sichtbar ist, könne auch zivile Aufbauarbeit gedeihen.

Die von der Bundesregierung hoch gelobte zivil-militärische Kooperation (CIMIC) macht aus den zivilen Helfern in den Augen des afghanischen „Widerstands“ Kombattanten und damit Gegner. Immer häufiger geraten sie ins Visier krimineller Banden, terroristischer Gruppierungen oder eines nicht exakt zu definierenden "bewaffneten Widerstands" in Afghanistan. Entführungen und Geiselnahmen sind in einem solchen Umfeld zu einer lukrativen Einnahmequelle für kriminelle Banden geworden. So manche Hilfsorganisation hat bereits das Handtuch geworfen (z.B. schon vor geraumer Zeit „Ärzte ohne Grenzen“), andere Organisationen haben ihren Abzug für die nächsten Wochen und Monate angekündigt. Von den deutschen Truppen, die ihr Hauptquartier in Masar-i-Scharif haben, wird mittlerweile berichtet, dass sie ihre Stellung gar nicht mehr verlassen.

Auch die Menschenrechtssituation hat sich nicht entscheidend verbessert. Wiederholte Berichte von amnesty international und Human Rights Watch zeigen, dass die Sicherheit der Menschen vor kriminellen oder terroristischen Angriffen genauso wenig gestärkt wurde wie die Rechte der Frauen und Mädchen. Die Situation hat sich nach Ansicht der afghanischen Frauenministerin Massouda Jallal (Sept. 2006) in weiten Teilen des Landes sogar noch verschlechtert.

Selbst Mittel, die in den Aufbau der „afghanischen Sicherheitskräfte“ fließen, sind nicht immer „gut“ angelegt. Was z.B. die Polizistenausbildung betrifft, so ist erst vor kurzem eine Studie der unabhängigen britischen NGO Afghanistan Research and Evaluation Unit–AREU erschienen, wonach der EU und der - hauptverantwortlichen - Bundesregierung ein denkbar schlechtes Zeugnis ausgestellt wird. Der Titel der Studie - "Cops or Robbers?" deutet schon auf das zumindest widersprüchliche Ergebnis des bisherigen Aufbaus ziviler Sicherheitskräfte hin. Kritisiert werden insbesondere die fehlenden Konzepte der Besatzungsmächte und der EU (einschließlich der Bundesregierung, die sich der Ausbildung der afghanischen Polizei besonders verschrieben hat) sowie die Durchsetzung der einheimischen Polizei mit Parteigängern diverser Warlords der ehemaligen "Nordallianz" sowie mit (Drogen-)Kriminellen und Opportunisten. Der frühere deutsche General Klaus Reinhardt berichtete im Sommer 2007 einer Hamburger Tageszeitung, dass rund 60 Prozent der von Deutschland bzw. der EU ausgebildeten afghanischen Soldaten „desertieren“. Genauer gesagt: Sie laufen zur anderen Seite über. Reinhardt: „Wenn ein Polizist vom Staat monatlich 50 Euro bekommt, aber von den Taliban 500, dann haut der ab.“

In den letzten Monaten häufen sich darüber hinaus die Vorfälle, bei denen Zivilpersonen, darunter unschuldige Frauen und Kinder im Bombenhagel der alliierten Kampfflugzeuge ums Leben kommen. Ob die deutschen Tornado-Aufklärer wirklich dazu beitragen, militärische von zivilen Zielen zu unterscheiden, ist umstritten. Die Bevölkerung in Afghanistan ist über die Kriegführung jedenfalls so aufgebracht, dass selbst der engste Verbündete der USA, Präsident Hamid Karsai, inzwischen öffentlich die NATO-Truppen kritisiert. "Wir können zivile Opfer und die Art, wie sie ausgelöst werden, nicht mehr hinnehmen", sagte Karsai am 2. Mai nach Gesprächen mit den Verantwortlichen der NATO und der US-geführten Koalition sowie Vertretern der US-Botschaft, der Vereinten Nationen und der Europäischen Union in Kabul. Es werde "ärgerlich" für sein Land. Die Last für Afghanistan sei zu groß, "und wir sind sehr unzufrieden".